

Leitantrag

Antrag: L 01

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderungen und einigen Enthaltungen einstimmig angenommen

Starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat in Sachsen

I. Für eine starke demokratische Bürgergesellschaft in einem handlungsfähigen Staat

Die sächsische SPD steht für einen handlungsfähigen Staat und eine starke demokratische Bürgergesellschaft in Sachsen. Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder in Anträgen, Programmen und Reden deutlich gefordert und in Koalitionsverhandlungen gegen harten Widerstand und in teils schwierigen Kompromissen durchgesetzt. In der Koalition haben wir begonnen, den Staat handlungsfähiger zu machen und die Bürgergesellschaft zu stärken. Diese Arbeit setzen wir fort. Das ist dringend notwendig: Die Handlungsfähigkeit des Staates in Sachsen wurde seit Jahren gefährlich geschwächt und die Bürgerinnen und Bürger wurden in ihrer demokratischen Teilhabe eher ausgebremst statt gefördert.

Was meinen wir genau damit, wenn wir davon sprechen, den Staat handlungsfähiger zu machen? Wir reduzieren den starken Staat nicht auf die Forderung nach „mehr Polizei“. Ein starker, handlungsfähiger Staat muss die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten, er muss in Infrastruktur investieren können und so stark sein, dass er die gesellschaftlichen Herausforderungen erkennen und auch langfristig bewältigen kann. Das bedeutet konkret:

- Ein gutes Bildungssystem, das allen offensteht und Chancengleichheit gewährleistet.
- Ein gutes und gerechtes Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem.
- Eine funktionierende und bezahlbare Wasser- und Energieversorgung.
- Innere Sicherheit, so dass sich die Menschen möglichst sicher fühlen können.
- Eine funktionierende Justiz, in der alle auch ihr gutes Recht erhalten.
- Investitionen in Arbeitsplätze, Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft.
- Bezahlbarer Wohnraum.
- Eine leistungsfähige Infrastruktur von der Straße über die Schiene bis zum Breitband.
- Mobilität und Teilhabe aller Menschen in allen Regionen.

Soziale Sicherungssysteme, öffentliche Daseinsvorsorge und innere Sicherheit sind die Basis für ein gutes und sicheres Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger. Ein handlungsfähiger Staat kann und will Zukunftsaufgaben anpacken, Arbeitsplätze sichern und Sachsen so auch für künftige Generationen lebenswert machen. Er trägt zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung mit guten Arbeitsbedingungen bei, auch indem er ungerechte Lohnentwicklungen wieder ins Lot bringt. Er sorgt dafür, dass es im Land gerecht und sozial zugeht. Er schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht eine echte

Leitantrag

Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Erfolgreiche Inklusion ist ein Kennzeichen für einen handlungsfähigen Staat. Er denkt an die zukünftigen Generationen, indem er eine Politik der nachhaltigen Entwicklung verfolgt sowie Klimawandel und Ressourcenverknappung als Herausforderungen angeht. Er versucht die Menschen nicht zu belasten, sondern ihnen Steine aus dem Weg zu räumen. Ein starker Staat – Exekutive wie Legislative – packt Probleme frühzeitig an, entwickelt Lösungen gemeinsam mit seinen Bürgerinnen und Bürgern und arbeitet tatkräftig an ihrer Umsetzung.

Eine starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat gehören für die SPD untrennbar zusammen. Ein starker Staat ohne eine starke Bürgerschaft droht technokratisch und antidemokratisch zu werden. Er verwaltet an den Menschen vorbei, erklärt nichts und stellt Gewohnheiten selten in Frage. Eine starke demokratische Bürgergesellschaft bedeutet keine lästige Störung des Verwaltungshandelns. Wir wollen einen Staat, der konstruktiver Kritik souverän begegnet und sie als Gewinn sieht, um Projekte besser, effizienter und effektiver zu gestalten. Parteien haben dabei eine Doppelrolle: Sie handeln sowohl durch Mandate und Positionen in der Regierung oder der Verwaltung. Sie sind aber auch Mitgliederorganisationen, die Interessen und Forderungen von Bevölkerungsgruppen bündeln und vertreten.

Eine starke Bürgergesellschaft ist ohne einen handlungsfähigen Staat nicht möglich. Ihr Fehlen gefährdet den sozialen Zusammenhalt. In der Vergangenheit wurde die Stärkung bürgerlichen Engagements oft als Alibi benutzt, um staatliche Strukturen abzubauen. Einen schwachen Staat können sich aber nur Reiche leisten.

II. Wo steht Sachsen heute?

Der Staat in Sachsen hat in den letzten 25 Jahren in vielen Bereichen gehandelt. Die Hinterlassenschaften von 40 Jahren Planwirtschaft – über Jahrzehnte nicht getätigte Investitionen, eine zerstörte Umwelt und eine veraltete und teils verfallene Infrastruktur – wurden erfolgreich beseitigt. Kitas und Krippen blieben erhalten und wurden reformiert, die ostdeutschen Renten garantiert und schrittweise angepasst, um nur einige Punkte zu nennen. Wir stimmen nicht in den Chor jener ein, die Deutschland und Sachsen kurz vor dem Untergang sehen. Wir haben viele große Herausforderungen der Vergangenheit wie hohe Arbeitslosigkeit oder die Finanzkrise insgesamt gut gelöst. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Ungerechtigkeiten und Probleme gibt.

Es war eine Bürgerbewegung, die 1989 mit ihren Forderungen nach Einführung demokratischer Institutionen und Rechte den Anstoß zur Friedlichen Revolution gab. In der DDR wurde jede Minderheit misstrauisch beäugt, eine pluralistische Meinungsbildung war verboten, Bürgerinitiativen wurden ausspioniert. Es durfte keine demokratische Bürgergesellschaft geben, weil der Staat alles kontrollieren wollte. Heute ist eine bunte und vielfältige Initiativenlandschaft und Bürgergesellschaft in Sachsen entstanden. In allen gesellschaftlichen Bereichen – ob Sport, Kultur, Ökologie oder Soziales – engagieren sich Bürgerinnen und Bürger. Zehntausende Sächsinen und Sachsen haben etwa in den letzten Jahren geflüchtete Menschen unterstützt. Doch trotz dieser positiven Entwicklungen ist die sächsische Bürgergesellschaft nicht so entwickelt, wie sie es sein könnte. Manches Misstrauen und manche Bevormundung, die wir auch aus DDR-Zeiten kennen, und oftmals allzu große Staatsgläubigkeit scheinen an einigen Stellen wieder einzuziehen.

Leitantrag

Folgende Entwicklungen haben einen handlungsfähigen Staat und die sich entwickelnde demokratische Bürgergesellschaft geschwächt:

- **Seit 1990 findet in Sachsen ein enormer Strukturwandel statt.** Viele Regionen haben zehntausende Einwohnerinnen und Einwohner verloren, nur die beiden größten Städte gewinnen seit 15 Jahren wieder Menschen hinzu. Die Steuer- und Finanzkraft der einzelnen sächsischen Kommunen und Regionen ist sehr unterschiedlich. Dies hat Konsequenzen: Die Menschen in strukturschwachen Gebieten spüren, dass sich der Staat zurückzieht und zeitweise nicht mehr handlungsfähig ist, wenn etwa Polizei oder Krankenwagen lange Anfahrtswege haben. Wenn Zug- und Busverbindungen genauso verschwinden wie Arztpraxen, Schulen, Jugendclubs oder Sparkassen. Eine engagierte Bürger/innengesellschaft hat es dort schwer, weil der Nachwuchs sich aufgrund der größeren Verwirklichungsmöglichkeiten und der sich bietenden Arbeitsplätze für die strukturstärkeren Regionen entscheidet. Die von Zuwachs und wirtschaftlichem Aufschwung profitierenden Großstädte stehen auf einmal vor neuen Problemen: steigende Mieten, eine zunehmende soziale Spaltung, überfüllte Schulen und durch den Bauboom verschwindende öffentliche Räume. Wo noch vor Jahren der Abriss von Plattenbauten gefördert wurde, besteht jetzt dringender Bedarf für bezahlbaren Wohnraum. Wo Schulen und Kitas geschlossen wurden, müssen jetzt neue errichtet werden. Nicht zuletzt sind alle Regionen und Städte Sachsens seit 1990 vom wirtschaftlichen Umbau Ostdeutschlands betroffen, der durch die aktuelle, die vierte industrielle Revolution („Digitalisierung“) noch beschleunigt wird.
- **Die staatliche Handlungsfähigkeit in Sachsen wurde aktiv ausgehöhlt, eine demokratische Bürgergesellschaft ausgebremst statt gefördert.** 1990 hat die CDU Sachsen zu einem neoliberalen Versuchsfeld gemacht und behauptet der Markt mache alles besser als der Staat. Es ging nie allein um „weniger Steuern“ oder einen „ausgeglichene[n] und generationengerechten Haushalt“, wie CDU und FDP behaupteten. Es ging darum, den Staat und die Politik aus Wirtschaft und Gesellschaft zu verdrängen. Politik hatte allein das umzusetzen, was der Wirtschaft nutzte. Starke Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte wollte man nicht, weil sie als Hindernis galten. Der Staat sollte lediglich für Sicherheit sorgen und Privateigentum schützen. An einer demokratischen Bürgergesellschaft, die sich einmischt, bestand in Sachsen kein Interesse. Auf politische Bildung wurde keinen Wert gelegt. Aus dem Westen übernommene Strukturen und Institutionen wurden bewusst entpolitisiert und entdemokratisiert – und mit ihnen große Teile der gesamten Gesellschaft. In keinem Bundesland setzt politische Bildung an Schulen so spät und mit so wenigen Stunden ein wie in Sachsen.

Auch die SPD ist in der Vergangenheit zu oft dem **neoliberalen Zeitgeist hinterhergelaufen** oder hat sich ihm ergeben. Und wir haben in dieser Zeit auch **Fehler** gemacht. **Wir arbeiten hart daran, diese Fehler zu korrigieren.**

- **Das Vertrauen der Sächsischen und Sachsen in den neuen Staat wurde mehrfach erschüttert.** Auf staatliche Einmischung und Marktregulierung wurde schon bei der Deutschen Einheit durch CDU und FDP weitgehend verzichtet. Die Privatisierungen der Treuhand haben in der Regel nicht die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen hergestellt, Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Sie hat stattdessen streng ihrem Privatisierungsauftrag den Markt bereinigt – oft zum Vorteil

Leitantrag

der westdeutschen Konkurrenz. Häufig wurde nicht entwickelt, sondern abgewickelt. Hinzu kommen manche kriminellen Machenschaften, von denen die meisten ohne strafrechtliche Konsequenz blieben. Auch deshalb wurde die Treuhand zum Symbol eines ungezügelter Kapitalismus. Ostdeutschland hatte das erste neoliberale Desaster weit vor dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers.

- Mit der friedlichen Revolution endete die Diktatur in Ostdeutschland. Dies bedeutete für viele nicht nur das Ende staatlicher Gewaltherrschaft, von Bespitzelung und Willkür. Es bedeutete auch eine **echte Freiheit** von staatlicher Gängelung. Manche konnten endlich studieren, andere die Welt bereisen oder sich beruflich verwirklichen. Viele waren froh, den Mangel der staatlichen Planwirtschaft hinter sich zu lassen. Doch gleichzeitig wurde der Staat in der DDR auch für alles verantwortlich gemacht. **Nun regelte der Staat plötzlich nicht mehr alles. Man war für sein eigenes Handeln verantwortlich – und musste auch die Konsequenzen daraus tragen. Das musste erst erlernt werden.** Hier scheiterten anfangs viele. Oft entschied der Zufall, manche hatten einfach Pech.
- Es wurde teilweise verdrängt oder vergessen, dass es in den **Jahren** nach 1990 zu einem **Zerfall staatlicher Kontrolle** kam. Die Beschreibung „wilder Osten“ war nicht zufällig gewählt: Staatliche Kontrolle gab es in der Zeit dieses Umbruchs an vielen Stellen nicht mehr. Für manche ist diese kurze Zeit der ‚Anarchie‘ bis heute ein Leitbild einer demokratischen Bürgergesellschaft und des gesellschaftlichen Aufbruchs. Doch auf der anderen Seite wurden 1990 viele Ostdeutsche alleine gelassen, beispielsweise als sie **mit übersteuerten, schrottreifen Gebrauchtwagen und unnützen Versicherungen betrogen wurden**. Viele Leute fragten sich damals: Und das soll Demokratie sein?
- Eine weitere Kehrseite dieser Zeit: Aufgrund der unzureichenden gesellschaftlichen Aufarbeitung der Nazi-Diktatur und der teilweisen Übernahme der dort betriebenen Propaganda hatte sich in der DDR ein erhebliches Problem faschistischer Einstellungen und der daraus resultierenden Gewalt erhalten. Was vor der Wende größtenteils vertuscht und als ‚Rowdytum abgetan wurde, trat nun zügellos und von staatlicher Seite kaum gebremst offen zutage.
- **Nicht zuletzt wurde das zarte Pflänzchen demokratischer Beteiligung nach 1990 bewusst und unbewusst am Wachsen gehindert.** Viele hatten die „Runden Tische“ am Ende der DDR als eine basisdemokratische Sternstunde erlebt. Überall wurde über Politik und Demokratie geredet. Doch diese neu entstandene Bürgergesellschaft wurde nach 1990 ignoriert. In der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat wurde 1992 von CDU und FDP die Einführung einer Volksgesetzgebung verhindert. In der Folgezeit führten Umbrüche, Enttäuschungen sowie persönliche Anstrengungen, im neuen System eine Existenz aufzubauen, bei vielen in Sachsen (politisch) Aktiven zu einem Rückzug ins Private.
- **Die Politik der Sachsen-CDU wird seit Jahren von dem mantrahaften Ehrgeiz getrieben, sich als Land mit der geringsten Verschuldung zu profilieren.** Dies hat nichts mehr mit solider Finanzpolitik zu tun. „Sparen“ ist kein Selbstzweck. Solide Finanzpolitik verlangt neben zurückhaltenden Staatsausgaben eben auch notwendige Investitionen – gerade dann, wenn sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen und

Leitantrag

Herausforderungen ändern. Nicht nur bei Justiz, Polizei, Schulen und Hochschulen hatten die Kürzungen nichts mehr mit der augenscheinlichen Alltagsrealität zu tun. Politische Gestaltung und Richtlinienkompetenz wurden und werden bisweilen an das Finanzministerium und seinen Apparat abgegeben. Während parallel an vielen Stellen Kürzungen durchgesetzt wurden, prägten schwer zu durchschauende Finanzpolster und regelmäßige Haushaltsüberschüsse bereits die finanzpolitische Realität in Sachsen. So entstand vielfach zu Recht der Eindruck, nicht die Realität und erst recht nicht zukünftige Herausforderungen, sondern die Kürzungsziele des Finanzministers bestimmten die Politik des Freistaats.

Die Folgen sind heute unübersehbar: an vielen Stellen bröckelt die Handlungsfähigkeit des Staates. **Sachsen fährt auf Verschleiß:** Bei den Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern wurde jahrelang derart gekürzt, dass der reguläre Schulbetrieb mittlerweile in Gefahr ist. Von guter Bildung für alle kann nicht mehr die Rede sein. Junge Lehrerinnen und Lehrer hatten kaum Chancen, eingestellt zu werden, so dass eine gute Mischung von Jung und Alt nicht mehr gegeben ist. In den vergangenen fünf Jahren ist der Krankenstand unter den Lehrern um 20 Prozent gestiegen. Das gleiche bei der Polizei: Krankmeldungen und Erschöpfung bei Polizistinnen und Polizisten nahmen erschreckend zu. Der Verschleiß macht sich auch in Teilen unserer Infrastruktur bemerkbar.

Das vermeintliche Sparen wird uns teuer zu stehen kommen: Als SPD machen wir Politik für eine gerechtere Gesellschaft. Anderen sind Kürzungen im Haushalt wichtiger als individuelle Schicksale und gesellschaftliche Schief lagen. Ihnen sei gesagt: Was wir heute gerade in Bildung investieren, sparen wir in der Zukunft beim Arbeitslosengeld II ein. Eine Mehrinvestition in Schulsozialarbeit kostet mittelfristig weniger als ein Platz im Jugendknast.

Die staatliche Handlungsfähigkeit steht teilweise in Frage: Das vom Ministerpräsidenten vor Jahren ausgegebene Ziel, die Staatsbediensteten pauschal auf 70.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzubauen, war ein großer Fehler. Es wurde nicht ermittelt, welches Personal der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, es wurden einfach überall Stellen gekürzt. Heute haben dies Eltern, Angestellte, Ehrenamtliche, Entscheidungsträger und -trägerinnen auf allen Ebenen, Lehrkräfte, Polizei, die Opfer von Straftaten oder die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auszubaden. Dass der Unterricht durch ausreichend Lehrerinnen und Lehrer gesichert wird, steht durch die Kürzungspolitik der letzten Jahre in Frage. Beim Umgang mit der Flüchtlingssituation sowie mit der Hetze und der Gewalt von ausländischerfeindlichen und rechtsextremen Bewegungen schien der Staat teilweise völlig überfordert. Die Kürzungen bei der Justiz bedrohen die Funktionsfähigkeit unseres Rechtssystems. Der Staat scheint bisweilen auch nicht mehr in der Lage zu sein, auf seinem Territorium vor Übergriffen auf Leib und Leben oder Eigentum zu schützen. Die Neoliberalen haben selbst dem Nachtwächter gekündigt – und wundern sich jetzt, dass das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt wird. Es darf aber nicht sein, dass Sicherheit an manchen Orten privatisiert wird. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen im Notfall schnell geholfen wird und sie vor Straftaten geschützt werden. Gewalttätige und Hetzer jeder Art sowie Rechtspopulisten versuchen, dieses Vakuum für einen Angriff auf Demokratie und Andersdenkende zu nutzen.

Der Sozialstaat wurde immer stärker zum neoliberalen Wettbewerbsstaat: In Sachsen, wie in anderen Teilen Deutschlands auch, wuchs die Wirtschaft allzu oft auf dem

Leitantrag

Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In Sachsen gibt es wegen der Niedriglohnpolitik der CDU und der Arbeitgeberverbände besonders viele, die durch die geringen Löhne nach Jahren genauso in der Grundsicherung landen werden wie Arbeitslose, die nie in die staatliche Rentenversicherung einzahlen konnten. Gewerkschaften wurden vielfach nicht als Partnerinnen, sondern als verzichtbar und wenn überhaupt als notwendiges Übel angesehen. In Sachsen gibt es auch keine echte Chancengleichheit: Im sächsischen Schulsystem werden viel zu viele Kinder zurückgelassen. Fast jeder zehnte sächsische Jugendliche verlässt die Schule ohne Schulabschluss. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der kein Kind zurücklässt. In Förderrichtlinien und staatlichen Programmen spielte die Frage nach fairen Löhnen oder Leiharbeit keine Rolle. Während man sich für die Haushaltspolitik feierte, verschwieg man, dass beispielsweise in der Sozialarbeit oder an Universitäten prekäre Arbeit entstand. Es war in der Folge oft der Staat, der etwa im Sicherheitsgewerbe Standards bei der Auftragsvergabe drückte. Auch staatliche Politik hatte so seinen Anteil an der sächsischen Niedriglohnstrategie. Man hörte im Fernsehen, dass Tariflöhne steigen – die die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen allerdings gar nicht bekommen. Oder man las, dass Steuereinnahmen sprudeln – und zugleich das Schwimmbad um die Ecke geschlossen wurde.

Das Vertrauen in Staat und Demokratie sinkt: Von dieser Entwicklung ist nicht nur Sachsen betroffen. Wir beobachten überall eine soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Überspitzt gesagt: Wer Geld hat, geht wählen, wer wenig Geld hat, hat die Hoffnung in „die Politik“ aufgegeben. Überall ist die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien gestiegen, nicht nur im Freistaat. Gleichwohl ist Sachsen eben trauriger Spitzenreiter bei rechtsextremen Vorkommnissen. Die Politik der letzten 25 Jahre hat jene Bewegungen am extrem rechten Rand besonders gedeihen lassen, die den pluralistischen Staat und eine demokratische Bürgergesellschaft in Frage stellen. Viele fordern heute eine „starke Hand, die endlich aufräumt“ und unterstützen das autoritäre Staatsmodell Russlands oder Ungarns. Im ländlichen Raum ist in manchen Gegenden eine rechtsextreme Subkultur entstanden, die demokratische Institutionen des Staates und der Bürgergesellschaft offen angreifen. Nicht minder beobachten wir mit großer Besorgnis die gezielten Angriffe auf unsere Polizei.

Die demokratische Bürgergesellschaft ist zu schwach: Um den Rückzug des Staates und das bestehende Misstrauen auszugleichen, setzten die Konservativen allein auf Bekenntnisse, Symbole und rückwärtsgewandten Patriotismus, nicht auf eine demokratische Bürgergesellschaft. Eine demokratische (Diskussions-)Kultur ist in Sachsen wenig ausgeprägt, weil Politik und Staat oft von oben herab agieren und Bürgerinnen und Bürger sowie kritische zivilgesellschaftliche Akteure nicht als gleichwertige Partner akzeptieren – und weil es allerorten an politischer Bildung mangelt. Auch die Herkunft mancher Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung aus ehemaligen Blockparteien und konservativen westdeutschen Verwaltungen führte dazu, dass der Staat meist allein von oben gedacht wird. Mit Widerspruch und Bürgerbeteiligung kommt man oft nicht klar. Bürgerbeteiligung scheint häufig nur ein Alibi oder gar eine Showveranstaltung zu sein und wird nicht ernst genommen. Viele schweigen deshalb in der Öffentlichkeit, weil sie Nachteile für ihre berufliche Laufbahn erwarten. Bürgerengagement gegen rechts wird als Linksextremismus oder Nestbeschmutzung wahrgenommen. Zugleich begegnet man immer wieder einer Verwaltung, welche die gebotene politische Neutralität nicht von einer demokratischen Grundhaltung

Leitantrag

unterscheiden kann. Selbstgefällige lokale Eliten ducken sich weg. Eine kritische Bürgergesellschaft konnte sich kaum entwickeln. Gesellschaftliche Debatten über Demokratie, die Nachwendezeit, über soziale Ungerechtigkeit oder über Werte des Zusammenlebens fanden zu selten statt. Die Folgen sehen wir heute: Vertretern der extremen Rechten gelingt es in Sachsen überproportional oft, Bürgerinnen und Bürger aufzuhetzen. Es ist kein Zufall, dass Pegida in Sachsen entstanden ist.

III. Sachsen profitiert von einer starken SPD in der Regierung

Fehler und Verantwortlichkeiten müssen zwar benannt werden – das sind die Spielregeln der Demokratie. Gleichzeitig reicht es aber nicht, zu lamentieren und nur über die Fehler der Vergangenheit zu reden. Ein Ausdruck von Stärke ist es, Kritik anzunehmen und selbstkritisch zu sein, Fehlentwicklungen zu erkennen und sich damit dauernd zu verbessern. Wir wollen deshalb in die Zukunft schauen – auch mit Blick auf die Erfahrungen der Vergangenheit, den guten und den schlechten.

Wir machen den Staat wieder handlungsfähig

Wir können die Fehler der Vergangenheit nicht von heute auf morgen lösen. Aber wir haben einiges erreicht: Das unsinnige Ziel der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die Stellen im öffentlichen Dienst um rund 15.000 auf 70.000 Stellen zu reduzieren, ist vom Tisch. Die Streichung von aktuell noch 2.400 Stellen wurde bis 2020 verschoben. 1.200 Stellen bei Polizei und Justiz bleiben erhalten.

Weil in den kommenden Jahren viele Staatsbedienstete in den Ruhestand gehen und der absehbare Personalverlust die Handlungsfähigkeit in den Behörden in Frage gestellt hätte, wollen wir einen **„Personalpool“ nicht fest an einzelne Behörden gebundene Stellen** schaffen, um mindestens zwei Jahre vor Ausscheiden von Beschäftigten die Übergabe von vorhandenem Wissen zu garantieren.

Um handlungsfähig zu sein, braucht der Staat entsprechende Strukturen. Die Kürzungspolitik – bis heute von CDU und FDP vertreten – ging zu Lasten eines leistungsfähigen und bürgerfreundlichen öffentlichen Dienstes. Die Kritik an mangelnden Leistungen des öffentlichen Dienstes trifft die Beschäftigten, überträgt sich auf den Staat und mündet in Politikverdrossenheit. Zudem finden diejenigen Unterstützung, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisieren wollen.

Der Fachkräftemangel wird auch den Staat in einen bislang ungewohnten Wettbewerb um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwingen. Gute Bezahlung, Motivation, lebensnahe Arbeitsbedingungen und faire Aufstiegschancen sind unabdingbar, um in diesem Wettbewerb zu bestehen.

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und das Verhindern ihrer demokratischen Kontrolle widersprechen unserem Ansatz des handlungsfähigen Staates. Es ist gut, dass dieser Prozess weitestgehend beendet ist. Oftmals waren externe Lösungen sogar teurer. Wo es sinnvoll ist, wollen wir alternativ zu staatlichen Strukturen gezielt genossenschaftliche Organisationsformen fördern.

Leitantrag

Wir wissen natürlich auch, dass der Staat nicht alles lösen kann. So haben etwa die Deindustrialisierung Sachsens nach der Wiedervereinigung und seine Reindustrialisierung als Werkbank großer westdeutscher und transnationaler Unternehmen dazu geführt, dass dem handlungsfähigen Staat Grenzen gesetzt sind. Unternehmen können heute wählen, wo sie investieren und welche Standorte sie schließen. Das gibt ihnen eine enorme Verhandlungsmacht. Trotzdem hat Politik Gestaltungsmacht. Das Klischee, nicht die Politik, sondern die Wirtschaft habe die Macht, stimmt nicht: Auf Bundesebene sind Entscheidungen wie die Einführung des Mindestlohns oder das Ende der Atomenergie Beispiele, wie Staat und Politik eingreifen und die Rahmenbedingungen neu justieren können. Die Arbeitskämpfe in großen transnationalen Unternehmen wie DHL oder Amazon zeigen, wie wichtig starke Gewerkschaften sind, um Unternehmen ihre Grenzen und ihre soziale Verantwortung aufzuzeigen. Umgekehrt ist ein handlungsfähiger Staat auch ein Standortfaktor, der denjenigen Unternehmen hilft, denen Rechtssicherheit, Infrastruktur und gut ausgebildete Beschäftigte wichtig sind.

Wir stärken die demokratische Bürgergesellschaft

Ohne demokratisches ehrenamtliches Engagement wäre Sachsen ärmer. Wir haben deshalb die Ehrenamtsförderung gestärkt und das Förderprogramm ‚Wir für Sachsen‘ auf 10 Millionen Euro jährlich erhöht. In diesem Zuge werden jetzt 80 Euro mehr Aufwandskostenpauschale für Ehrenamtliche gezahlt. Gleichzeitig darf eine starke Bürgergesellschaft nicht als Feigenblatt verwendet werden, um Mittel zu beschränken. Ohne Hauptamt geht dem Ehrenamt oftmals die Luft aus. Wir wollen die Demokratie in Sachsen stärken. Als Antwort auf die Zweifel an ihr brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Viele Menschen in Sachsen möchten nicht nur mitreden, sondern die Möglichkeit haben, auf verschiedenen Ebenen wirklich mitzubestimmen, insbesondere über ihre nahe Umgebung, ihre Gemeinde, ihr Stadtviertel und an ihrem Arbeitsplatz. Daher fordern wir die Ausweitung der Mitbestimmung des Betriebsrates zu Fragen der Aus- und Weiterbildung, der Gleichstellung von Männern und Frauen und dem Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern. Weitere Maßnahmen haben wir bereits beim Landesparteitag 2013 mit unserem Antrag „Demokratieoffensive Sachsen“ beschlossen. Einige davon können wir auch in der Koalition umsetzen. Hier sind allerdings mit unserem Koalitionspartner noch viele dicke Bretter zu bohren.

Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken. In einem ersten Schritt auf kommunaler Ebene, in einem zweiten auf Landesebene. Wir halten wie viele andere zudem daran fest, die direkte Demokratie in Sachsen zu stärken – denn wir sehen mehr direkte Demokratie als eine Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie. Dringend müssen wir die Quorums-Bestimmungen verändern: Bislang werden sie in absoluten Zahlen angegeben. Bei einem Rückgang der Bevölkerungszahl bedeutet das aber, dass es immer schwieriger wird, einen Volksantrag auf die Beine zu stellen. Zudem wollen wir das Quorum insgesamt senken: Auf Landesebene für Volksbegehren von derzeit über 13 Prozent (bzw. 450.000 Stimmberechtigte) auf 5 Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger; für Volksanträge von derzeit 1,2 Prozent (bzw. 40.000 Stimmberechtigte) auf 1 Prozent.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten spielen nicht die direkte gegen die parlamentarische Demokratie aus. Hinter manchem Befürworter von direkter Demokratie steckt ein Anti-Demokrat, der Parlamente und Parteien abschaffen und eine autoritäre Herrschaft errichten will, die sich auf einen vermeintlichen „Volkswillen“ bezieht. Wir wollen

Leitantrag

hingegen eine echte Verschränkung der direkten Demokratie mit den bestehenden parlamentarischen Verfahren. Ein Volksantrag soll im Landtag ebenso verbessert werden können wie jeder Antrag der Regierung oder einer Fraktion. Sämtliche Offenlegungspflichten, die für Parteien gelten, sollen auch für die Initiatoren von Volksentscheiden gelten. Es muss gutes Informationsmaterial zu den Volksanträgen bereitgestellt werden, damit sich Bürgerinnen und Bürger informieren können. So werden die erfolgreichen parlamentarischen Diskussions-, Verhandlungs- und Kompromisspotentiale auch bei direktdemokratischen Gesetzgebungsverfahren nutzbar – und wir können besser gewährleisten, dass nicht das Einzelinteresse oder die größte Empörung, sondern vor allem das Interesse des Gemeinwohls Gehör findet.

Wir brauchen aber nicht nur mehr Partizipation. Viele Leute haben nicht die Kraft oder das Expertenwissen, sich für ihre eigenen Interessen öffentlich einzusetzen. Ihnen fehlen die Kontakte oder sie trauen sich einfach nicht. Manchen fehlt zudem schlicht das Geld, damit Anwaltskanzleien oder Rechtsschutzversicherungen für ihre Interessen streiten können. Für diese Menschen brauchen wir Expertinnen und Experten, die sich im Stadt- und Ortsteil um konkrete Probleme von Menschen in den sächsischen Gemeinden und Städten kümmern. Wir wollen eine finanzielle Unterstützung der Kommunen für solche „Kümmerer“, die zusammen mit Quartiersmanagement, Streetwork und Bürgerpolizei zusammenarbeiten sollen. Auch diese Strukturen müssen ausgebaut werden, um eine Gemeinschaft im Stadtteil oder in der Gemeinde zu stärken. Weil solche „Kümmerer“ Vertrauen brauchen, müssen solche Programme langfristig angelegt sein.

Einiges wurde bereits auf den Weg gebracht. Wir finden es gut, dass Wohnungsgenossenschaften damit beginnen, „Kümmerer-Strukturen“ aufzubauen, weil ihre Mieterinnen und Mieter immer älter werden oder weil sie die Bedarfe in ihrem Wohnumfeld erkannt haben. Menschen mit Behinderung und ältere Menschen wollen und sollen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden wohnen können. „Kümmerer“-Strukturen könnten dies zum Beispiel zusammen mit Pflegediensten ermöglichen.

Wir wollen die demokratische Kultur in Sachsen insgesamt stärken. Nur in solcher Umgebung kann eine demokratische Bürgergesellschaft gedeihen. Hier spielen die öffentlichen Verwaltungen und der öffentliche Dienst eine wichtige Rolle. Wir werden Vorschläge für die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes vorlegen, die aber erst in der nächsten Wahlperiode vonstattengehen wird. Doch es geht auch um einen anderen Umgang, sowohl innerhalb der Behörden wie auch zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Staatliche Akteure müssen Bürgerinnen und Bürgern mehr erklären. Bürgerbeteiligung muss ernst genommen und als Gewinn gesehen werden. Inklusion muss vorangetrieben werden. Wir wollen, dass sich Verwaltungsstrukturen mit diesem Thema beschäftigen und Möglichkeiten der Verbesserung vorlegen.

Verwaltung und Politik müssen zivilgesellschaftlich Engagierten auf Augenhöhe begegnen. Gleichzeitig ist das Bemühen um eine bessere demokratische Kultur keine Einbahnstraße: Manche Bürgerinnen und Bürger müssen ihre empörte und wütend aggressive Haltung gegenüber „denen da oben“ ablegen. Einige zivilgesellschaftliche Akteure sollten ihren tiefsitzenden Argwohn gegenüber Staat, Politik und Parteien überdenken. Wir wenden uns gegen das überzogene Misstrauen gegenüber jedem Handeln von Verwaltung und Staat. Wir wenden uns gegen alle Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, gegen Verschwörungstheorien, gegen jede Art von Populismus sowie gegen jene, die mit Gewalt

Leitantrag

gegen staatliche Institutionen und deren Repräsentantinnen und Repräsentanten vorgehen.

Weil wir zunehmend Angriffe auf unser demokratisches Zusammenleben wahrnehmen, muss sich unser Rechtsstaat diesen Fragen besonders widmen. Wir haben eine wehrhafte Demokratie, die vor allem rechtsextreme Vorfälle nicht unter den Teppich kehrt, sondern strafrechtlich verfolgen soll. Der Staat kann die Demokratie aber nicht allein schützen. Er braucht dafür seine Bürgerinnen und Bürger, die er fördern muss, statt sie zu gängeln. In einem ersten Schritt haben wir die Extremismusklausel abgeschafft, die mit einem Pauschalverdacht Misstrauen gegenüber Demokratie-Initiativen zum Ausdruck brachte. Wir haben in einem zweiten Schritt die Mittel des Programms „Weltoffenes Sachsen“ auf fünf Millionen Euro erhöht und wollen sie im nächsten Doppelhaushalt weiter anheben. In einem dritten Schritt wollen wir bürokratische Hürden abbauen, um Initiativen und Projekten den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern. Unser Ziel ist eine ganzheitliche Strategie gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit und für Demokratie, welche in der Zuständigkeit eines Ministeriums liegt und deren Förderung somit aus einer Hand erfolgt.

Wir wollen unser Schulsystem langfristig sichern

Ein starker und bürgerschaftlicher Staat braucht starke und demokratische Schulen. Er nimmt seine Verantwortung für die Bildung der heranwachsenden Generationen in einer Form wahr, die dem demokratischen Charakter unserer Gesellschaft entspricht: Er setzt klare Standards und verbindliche Bildungsziele, sichert die materiellen und personellen Ressourcen - überträgt aber die Verantwortung für die konkrete Gestaltung der Bildungsprozesse an jede einzelne Schule. Er lässt sie mit dieser Verantwortung nicht neoliberal allein, sondern stellt ihnen ein starkes Unterstützungssystem an die Seite. Wir wollen an den Schulen den demokratischen Raum für bürgerschaftliches Engagement schaffen und müssen dafür unsere Schulen aus hierarchischen Verwaltungsstrukturen entlassen. Nur so können wir nicht nur das Eingehen auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen sichern. Nur so können wir auch ganz wesentlich das angekratzte Fundament der demokratischen Bürgergesellschaft erhalten und stärken: Denn Teilhabe lässt sich auch an Schulen nur durch Teilhabe erlernen. Demokratie kann nur wertschätzen, wer deren Wert im Alltag erfahren hat. Dieses neue Herangehen entspricht den Wünschen vieler bildungspolitisch engagierter Sachsen und bleibt für die SPD wichtiges bildungspolitisches Ziel. Es darf nicht über den aktuellen Nöten mit der Ausstattung der Schulen vergessen werden – auch wenn wir diese Nöte natürlich auch sehen.

Es zeugt sicher von Engagement, wenn Eltern die Wände in den Klassenzimmern in Eigenleistung streichen. Für uns ist dies jedoch Aufgabe des Staates. Auch deshalb muss das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Die aktuelle Vereinbarung zum Bund-Länder-Finanzausgleich eröffnet hier neue Möglichkeiten. Nur so wird der Bund langfristig mitinvestieren können, um zum Beispiel Bildungsinfrastruktur zu schaffen oder sie zu sanieren. Es ist ein Zeichen eines handlungsfähigen Staates, wenn Schulen und Kindereinrichtungen in einem modernen Zustand sind. Das Engagement der Eltern ist in mehr Mitbestimmung oder der Arbeit mit Kindern viel besser aufgehoben.

Auf Druck der SPD und mancher Fachpolitiker unseres Koalitionspartners sind wir der Sicherung des Schulsystems in Sachsen gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der

Leitantrag

CDU nähergekommen. Lehrkräfte werden nun endlich unbefristet eingestellt. Die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten haben wir mehr als verdoppelt. Die Zahl der Stellen im Vorbereitungsdienst haben wir deutlich erhöht. Wir haben den Stellenabbau aufgehoben und dafür gesorgt, dass nicht nur jede freiwerdende Stelle wiederbesetzt werden kann, sondern darüber hinaus mehr als 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das reicht jedoch nicht aus. Mögliche weitere Schritte sind:

- Wir gestalten das Arbeiten für Lehrkräfte nach dem 63. Lebensjahr so, dass es attraktiver ist als eine vorzeitige Rente mit Abschlägen. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Anrechnungsstunden, Altersteilzeit oder Ein-Fach-Einsätze.
- Um junge Lehrkräfte zu gewinnen, braucht es eine klare und verbindliche Perspektive zur gleichen Bezahlung in allen Schularten – dies macht auch das Grund- und Oberschullehramt attraktiver.
- Der Freistaat muss in einem hart umkämpften Markt als attraktiver Arbeitgeber auftreten. Dazu sollen die Bildungsagenturen um jede Bewerberin und jeden Bewerber kämpfen und alle Register ziehen, um junge Menschen zu gewinnen. Am Ende reichen finanzielle Anreize allein nicht. Junge Menschen müssen auch sehen, dass sie in Sachsens Schulen eigene Ideen umsetzen und ihre Bildungsvorstellungen verwirklichen können. Dafür brauchen sächsische Schulen Freiheit und Eigenverantwortung – und eine Kultur, in der Innovation, Engagement und Kreativität wertgeschätzt und gefördert werden.
- Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die erst längerfristig Wirkung zeigen werden – aber dafür nicht nur das Personalproblem lösen helfen, sondern noch viel mehr schaffen: Nämlich die Qualität unseres Bildungssystems verbessern. Hier gehören die Modernisierung unserer Lehrpläne und die Umgestaltung der Lehramtsprüfungsordnungen samt Lehramtsstudium unbedingt dazu.

Den Beteiligungsprozess beim Schulgesetz haben wir sehr begrüßt. Das CDU-geführte Kultusministerium hat die Ergebnisse des Prozesses aber kaum berücksichtigt. Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag bringt deshalb die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in die parlamentarischen Verhandlungen ein.

Für die SPD gehören zu einem starken Staat auch starke Schulen. Wir wollen ihnen mehr Freiheit geben. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung an den Schulen stärken. Wir haben die Konsequenzen aus dem Gerichtsurteil zu den Freien Schulen gezogen. Diese sind jetzt mit den staatlichen Schulen weitestgehend gleichgestellt und entsprechend mit finanziellen Mitteln ausgestattet.

Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat stärken

Ein handlungsfähiger Staat ist nicht nur für die Leistungsfähigen und Eigenverantwortlichen da. Der vorsorgende Sozialstaat bekämpft Armut, eröffnet den Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, gewährleistet gerechte Teilhabe und sichert die großen Lebensrisiken verlässlich ab. Daher sind ein gerechtes Bildungssystem oder die Familienhilfe genauso wichtig wie Armut zu verhindern. Eine starke demokratische Bürgergesellschaft unterstützt diese Bemühungen. Sie ist aber nicht der Notnagel für einen Staat, der sich zurückzieht. Wenn wir mehr Menschen eine Chance geben, für sich selbst zu sorgen und ihre Talente voll zu entwickeln, gibt es weniger Menschen, die auf Sozial-

Leitantrag

leistungen angewiesen und vom Staat abhängig sind. Wir stärken die Strukturen des vorsorgenden Sozialstaats. Schulden-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, die Schwangerschaftsberatung und die Beratung bei häuslicher Gewalt sind endlich stabilisiert und mit mehr Mitteln ausgestattet. Im Bereich der Drogen- und Suchthilfe konnten die Mittel für die Suchtbehandlungs- und Beratungsstellen erhöht werden. Nun muss das Geld noch dort ankommen, wo es gebraucht wird. Wir überarbeiten deshalb die Förderrichtlinien.

Wir haben endlich den Paradigmenwechsel in der Wohnraumförderung geschafft. Nach über 10 Jahren führen wir wieder eine Zuschussförderung für den sozialen Wohnungsbau im Bereich Neubau und Sanierung ein. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Es bleibt jedoch Tatsache, dass aktuell nur die zweckgebundenen Mittel des Bundes weitergegeben werden. In einem nächsten Schritt prüfen wir die Notwendigkeit, das Programm durch Landesmittel aufzustocken. Es kommt darauf an, den an Bevölkerung stetig wachsenden Kommunen Handlungsspielräume zu verschaffen. Sie müssen Möglichkeiten erhalten, gestaltend in die Quartiere einzugreifen und strategisch Flächen für kommunale Infrastruktur und sozialen Wohnungsbau zu erschließen. Hier bedarf es planbarer finanzieller Unterstützung. Es reicht nicht erst aktiv zu werden, wenn die Verdrängungsprozesse bereits greifen. Auch die Mietpreisbremse ist ein sinnvolles Instrument, doch reicht sie nicht aus um den Mietdruck langfristig zu bekämpfen. Wir wollen eine gute soziale Durchmischung unserer Großstädte. Hoher Leerstand in einzelnen Stadtteilen, kann nicht über die starken Verdrängungsprozesse in anderen Stadtteilen hinwegtäuschen. Mittelfristig wird es - wie in vergleichbaren westdeutschen Großstädten - keinen Leerstand mehr geben. Ohne konkretes Handeln werden sozial schwächere aufgrund der steigenden Mieten marginalisiert und in die Peripherie verdrängt. Eine Fortschreitende Segregation der sozialen Schichten kann nicht im Sinne sozialdemokratischer Politik sein. Sachsen braucht Vielfalt statt Segregation. Sozialer Wohnungsbau muss in den innerstädtischen Lagen verstärkt werden. Dadurch können wir bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Das ist von zentraler Bedeutung, wenn wir in unseren Großstädten nicht weiter der zunehmenden sozialen Spaltung zusehen wollen. Denn es ist wichtig, dass Stadtviertel sozial durchmischt sind.

Es ist eine Katastrophe, dass immer noch viele Kinder ohne Abschluss Sachsens Schulen verlassen. Die soziale Herkunft hat einen großen Einfluss auf die Schulkarriere in Sachsen. In Sachsen erhalten etwa 47 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der vierten Klasse eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium. Laut Dresdner Bildungsbericht erhalten aber etwa in Dresdens „besseren“ Vorzeigeviervierteln rund 70 Prozent eine Bildungsempfehlung fürs Gymnasium, in den sogenannten „Problemstadtteilen“ hingegen nur rund 39 Prozent. Ein handlungsfähiger Staat muss Bedingungen dafür schaffen, die Aufstiegsversprechen für junge Menschen auch wirklich möglich machen. Er sollte auch eine aktive Bürgergesellschaft anstoßen, ihm dabei zu helfen, etwa über Paten-Modelle.

Als erste Maßnahme wollen wir die Schulsozialarbeit mit mindestens 15 Millionen Euro im Jahr finanzieren. Dabei ist uns wichtig, dass die Mittel vor allem dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die SPD Sachsen hält an dem Ziel fest, flächendeckende Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus werden wir 31 Kindertageseinrichtungen als Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Mehr als dieses Modellprojekt war mit der CDU nicht zu machen. Das Ziel der SPD bleibt es, weitere Kindertagesstätten zu solchen Eltern-Kind-Zentren auszubauen. Wir werden darauf achten, wie und wo die

Leitantrag

Maßnahmen erfolgen, damit sie auch dort greifen werden, wo sie wirklich benötigt werden.

Um auch langfristig lebenslanges Lernen und Bildungsaufstieg zu ermöglichen, müssen wir flächendeckend Weiterbildung anbieten. Hierfür wollen wir auch das Recht auf Weiterbildung in Verbindung mit beruflichen Freistellungsmöglichkeiten gesetzlich verankern. Um junge Menschen bei der Berufswahl zu unterstützen, werden wir die Berufs- und Studienorientierung gemeinsam mit Wirtschaft, Schulen und Hochschulen weiter verbessern, auch durch den Aufbau von *Jugendberufsagenturen*. Wir machen es uns zur Aufgabe, die Quote der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche zu senken und die Vermittlungsbemühungen zu intensivieren.

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung des Freistaats hat die Ausbildung von jungen Menschen in unserem bewährten dualen Ausbildungssystem eine hohe Bedeutung. Leider lässt die Ausbildungsqualität und auch die Bezahlung von Azubis in Sachsen vielfach noch zu wünschen übrig. Hohe Abbruchquoten und unbesetzte Lehrstellen sind die Folgen. Wir wollen gemeinsam mit den Akteuren der Berufsbildung, Kammern sowie den Sozialpartnern Verbesserungen erreichen und uns auf Bundesebene für eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung einsetzen.

Wir bleiben dabei, dass unsere Kinder in Sachsens Schulen länger gemeinsam lernen dürfen – viele Eltern, die Wirtschaft und Engagierte haben uns im Bürgerbeteiligungsprozess der letzten Monate bei dieser Forderung unterstützt. Wir würden damit auch verhindern, dass sich der Staat im ländlichen Raum weiter zurückzieht – Schulen können so erhalten bleiben.

Gerade vor dem Hintergrund einer starken demokratischen Bürger/innengesellschaft bleibt die Gemeinschaftsschule für uns die ideale Schulform. Nur durch längeres gemeinsames Lernen aller kann der Boden für sozialen Zusammenhalt und solidarisches Miteinander ganz verschiedener sozialer und kultureller Gruppen bereitet werden. Wohin das frühzeitige Absondern späterer Eliten führt, zeigt aktuell das Erstarken populistischer Strömungen.

Ein starker Staat sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit

Wir glauben nicht daran, dass der Markt für soziale Gerechtigkeit sorgt. Die neoliberale Politik der letzten Jahre hat dafür gesorgt, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich enorm zugenommen hat – auch in Sachsen, aber vor allem zwischen Ost und West. Ein starker Staat sorgt dafür, dass Gesellschaften nicht auseinanderdriften. Chancengleichheit zeigt sich besonders daran, wie der Staat mit den Kindern, Jugendlichen, Rentnerinnen und Rentnern sowie Menschen mit Behinderung umgeht und ihnen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Die Menschen müssen überzeugt sein, dass sich Leistung lohnt. Wenn unterschiedliche Löhne für gleiche Jobs gezahlt werden, wird diese Überzeugung erschüttert. Oder wenn es auf dem Konto einen Unterschied macht, ob Menschen verheiratet sind oder ohne Trauschein zusammenleben. Ungleichheit zwischen Stammebelegschaft, Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern, Unterschiede in der Bezahlung von Frauen und Männern sind ungerecht. Von den meisten dieser Ungerechtigkeiten sind wir Sachsen besonders betroffen.

Leitantrag

Wir fordern daher auf Bundesebene eine echte Solidarrente, eine armutsfeste Rentenversicherung, Erwerbstätigenversicherung und weitere Maßnahmen gegen prekäre Arbeit sowie die Einführung einer Kindergrundsicherung sowie die Überführung der Abgeltungssteuer in die Einkommenssteuer. Um das Vertrauen wieder herzustellen, wollen wir die Sozialversicherungen wieder paritätisch finanzieren und ihre Einnahmehasis verbreitern. Die gesetzliche Krankenpflegeversicherung wollen wir in der nächsten Legislatur zur Bürgerversicherung umbauen. Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Volkssolidarität und weitere Sozialverbände sind dabei ein zentraler Teil einer demokratischen Bürgergesellschaft, um diese Ziele zu unterstützen.

Heute gibt es aufgrund des Fachkräftemangels zunehmend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Berufe stark nachgefragt werden und deren Verhandlungsmacht dadurch steigt. Gerade bei jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beobachtet man ein Ende der „ostdeutschen Bescheidenheit“. Es gibt aber weiterhin viele Bereiche, in denen sie jedes Lohnangebot eines Unternehmens akzeptieren müssen. Daher ist es richtig, dass der Staat regulierend eingegriffen und den Mindestlohn eingeführt hat. Dass der Widerstand, auch der sächsischen CDU, gegen den Mindestlohn gescheitert ist, ist ein Segen für die Beschäftigten aber auch den Wirtschaftsstandort Sachsen. Um einen wirklich gerechten Arbeitsmarkt zu schaffen, müssen auf den Mindestlohn aber weitere Veränderungen wie zum Beispiel die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung folgen. Gleichzeitig haben wir uns auf den Weg gemacht, die sächsische Niedriglohn-Strategie zu beenden. Wir wollen alle Förderrichtlinien in unseren Bereichen überarbeiten: Ziel ist es zum einen, bürokratische Hürden abzubauen. Zum anderen wollen wir verhindern, dass staatliche Förderung zur Bildung prekärer Arbeit führt oder diese erhält – sei es an Universitäten, in der sozialen Arbeit oder in Unternehmen, die durch Fördermittel unterstützt werden. Eine Politik wie in der Vergangenheit, die unter dem Vorwand der Schuldentilgung Sozial- und Bildungsabbau sowie Lohndumping im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen Aufträgen betrieb, darf es nicht mehr geben. Wir wollen faire und glaubwürdige Lösungen.

Zudem werben wir weiterhin für Tarifverträge. Im Rahmen der Umsetzung neuer europarechtlicher Vorschriften prüfen wir aktuell auch, welche Instrumente am besten geeignet sind, Tarifbindung und die Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien auch im sächsischen Vergabegesetz zu stärken. Wir sehen große Chancen, im Rahmen der Anpassung des sächsischen Gesetzes an Europarecht, fairere Bedingungen für unsere Unternehmen und die Arbeitnehmerschaft zu erreichen. An den Hochschulen haben wir zusammen mit den Personalräten zum ersten Mal einen verbindlichen Rahmen für befristete Beschäftigung geschaffen – diesen werden wir in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Auch hier zeigt sich, dass unter dem Kürzungskurs der CDU vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu leiden hatten, denen immer kürzere Zeitverträge angeboten wurden – bisweilen zwischen einem und sechs Monaten. Studentische Hilfskräfte müssen nunmehr mindestens drei Monate, wissenschaftliche Hilfskräfte mindestens sechs Monate angestellt werden. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sollen demnach künftig unbefristet verpflichtet werden. Die Hochschulen haben zugesagt, die Vertragslaufzeiten stärker an der Projektdauer zu orientieren.

Trotz guter Arbeitsmarktentwicklung gibt es auch in Sachsen aber immer noch zu viele Menschen, die schon lange keinen Job finden. Auch um die muss sich ein handlungsfähiger Staat kümmern. Deshalb wird es erstmalig ein Landesarbeitsmarktprogramm für die

Leitantrag

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit geben - ausgestattet mit jährlich 13 Millionen Euro bis 2020.

Wir wollen den Menschen das Leben einfacher machen

Die Menschen erwarten zu Recht, **dass staatliche Politik dafür sorgt, ihr eigenes Leben oder das Leben ihrer Kinder lebenswerter zu machen** – durch bessere Schulen, durch bessere Kindergärten, durch eine saubere Umwelt und auch durch Hilfe für diejenigen, die krank oder pflegebedürftig sind. Politik und Verwaltung sind zwar kein Lieferdienst. Gleichwohl muss die Verwaltung sich stärker als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger verstehen. Dort wo der Staat erfahrbar wird, vor Ort in den Kommunen – im Bürgeramt, an der Bushaltestelle, in der Kita oder im Schwimmbad – dort schauen die Menschen genau hin. Hier entwickeln sie ein Gespür dafür, was mit ihren Steuern passiert und ob der Staat ausreichend Geld für *ihre* Bedürfnisse zur Verfügung stellt. Kommunen haben einen großen Einfluss für das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Staat. Hier entwickelt sich Vertrauen oder Misstrauen, hier entsteht das Gefühl von Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit.

Von einem handlungsfähigen Staat erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass **er Familien in jeder Lebenslage dabei unterstützt, den Lebensentwurf umzusetzen, der ihrer Situation und ihren Bedürfnissen entspricht**. Deshalb haben wir etwa im letzten Doppelhaushalt die Mittel und Strukturen für **Pflegebedürftige** und Demenzkranke gestärkt. Nun gibt es u.a. in jedem Landkreis eine Pflegekoordination, um die Unterstützung der Familien vor Ort zu verbessern. Zudem werden wir in einem ersten Schritt den **Betreuungsschlüssel** in dieser Legislaturperiode schrittweise in Kindergärten auf 1:12 und in Kinderkrippen auf 1:5 senken. Wir halten an unserer Forderung fest, den Betreuungsschlüssel weiter zu verbessern - in den Krippen auf 1:4, im Kindergarten auf 1:10 und im Hort auf 1:16. Dagegen hat sich die CDU in den Koalitionsverhandlungen leider gesperrt. Langfristig werden wir in Sachsen einen Betreuungsschlüssel anstreben, wie er in der Fachwelt gefordert und beispielsweise z. T. in Baden-Württemberg oder Bremen umgesetzt wird: 1:3 in den Krippen, 1:7,5 im Kindergarten und 1:2 im Hort. Wir wollen Modelle erarbeiten, mit denen wir flexible Öffnungszeiten in staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen einführen, um damit eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben zu erreichen.

Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass sie schnell und einfach zur Arbeit, zu Verwandten, Freundinnen und Freunden oder Freizeitangeboten fahren können. Für Menschen mit Behinderung und Menschen im höheren Alter ist eine barrierefreie Mobilität Voraussetzung, sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Deshalb sichern wir eine **leistungsfähige Straßeninfrastruktur** und stärken den **öffentlichen Nahverkehr**. Es war wichtig, dass im letzten Doppelhaushalt das erste Mal größere Mittel eingestellt wurden, um unsere Straßen und Brücken in Sachsen zu sanieren („Erhalt vor Neubau“). Diesen Weg setzen wir fort. Unser Schwerpunkt liegt auf dem kommunalen Straßen- und Brückenbau. Auch sächsische Unternehmen benötigen eine Verkehrsinfrastruktur, die ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhält. Sie profitieren von leistungsfähigen und modernen Verkehrswegen. Zusätzlich fördern wir wirtschaftsnahe Infrastruktur über Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW).

Leitantrag

Wir wollen Mobilität für alle gewährleisten und bezahlbar halten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fernverkehrsangebote von und nach Sachsen ausgebaut werden. Die Bahnstrecken Chemnitz-Leipzig, Dresden-Görlitz sowie Dresden-Prag müssen im Bundesverkehrswegeplan einen klaren Status erhalten, damit es mit Planung und Ausbau vorangeht. Für den Nahverkehr erhöhen wir jährlich die Zuwendungen an die ÖPNV-Zweckverbände und geben ihnen langfristige Planungssicherheit. Unser Ziel bleibt ein flächendeckender und bezahlbarer Nahverkehr, der zusätzliche Fahrgastpotenziale in den Ballungsräumen erschließt, aber auch im ländlichen Raum ein angemessenes Grundangebot bereitstellt. Schließlich schaffen wir die Bedingungen für ein Bildungsticket in Sachsen.

Eine sozialdemokratische Mobilitätspolitik hat bei all ihren Vorhaben immer auch die Auswirkungen auf Umwelt und Klima im Blick und reduziert Verkehrsgefahren und -lärm. Wir konnten durchsetzen, dass 129 Millionen Euro im Jahr 2017 und 130 Millionen Euro im Jahr 2018 für eine ortsnahe und moderne **medizinische Versorgung** zur Verfügung stehen – zum Beispiel durch eine schnelle und gute medizinische Notfallversorgung und eine moderne Ausstattung der Krankenhäuser und der Telemedizin. Das kommt auch und vor allem dem ländlichen Raum zugute. Die Universitätskliniken als Zentren der Hochleistungsmedizin werden wir zudem weiter unterstützen.

Wir werden den **Arbeitsschutz** in Sachsen weiter stärken. Dafür brauchen wir ausreichend ausgestattete Arbeitsschutzbehörden. Wenn die Bevölkerung immer älter wird, kommt es erst recht darauf an, sich für gute, altersgerechte Arbeitsbedingungen einzusetzen und gesundheitliche Gefahren am Arbeitsplatz zu bekämpfen. Wir haben deshalb die Arbeitsschutzallianz wiedergegründet und werden damit entsprechende Präventionsprogramme für betrieblichen Arbeitsschutz fördern.

Die **Digitalisierung** stellt die Zusammenarbeit zwischen Staat und Bürgern auf eine neue Grundlage. Auch für die Kommunikation mit der Verwaltung und öffentlichen Institutionen erwarten die Menschen, dass sie die technischen Möglichkeiten digitaler Systeme nutzen können. Damit erhöhen sich Bürgernähe und Erreichbarkeit der Verwaltung. Im Rahmen der Strategie „Sachsen Digital“ treiben wir die Digitalisierung der Verwaltung voran.

Unser Anspruch muss zusätzlich sein, politische und administrative Prozesse inhaltlich weitgehend zu öffnen. In einer starken demokratischen Bürgergesellschaft wollen die Menschen selbstständig informierte Entscheidungen treffen. Informationen, die ihnen dies ermöglichen, müssen auch offengelegt werden. Deshalb wollen wir ein Informationsfreiheitsgesetz beschließen, das das Recht der Bürgerinnen und Bürger verankert, Zugang zu behördlichen Informationen und Dokumenten zu bekommen. Zudem wollen wir Informationszugänge wie das sächsische Open Data Portal schaffen.

Der Staat kontrolliert dort, wo es für ein gutes Leben der Menschen in Sachsen wichtig ist: Bei den Arbeitsrechten, dem Verbraucher-, dem Arbeits- oder Naturschutz oder beim Hochwasserschutz. In den letzten Jahren wurde viel zu oft unter dem Deckmantel „Bürokratieabbau“ versucht, die Interessen des Profits über jene der Menschen zu stellen. Der Mindestlohn ist gut für unser Land, er muss aber kontrolliert werden, weil wir schlecht bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht der Willkür aussetzen wollen. Das ist keine Bürokratie, wie der Ministerpräsident oder die AfD behaupten, sondern gerecht. Wenn wir Regeln, die wir selbst setzen, nicht überprüfen, verliert staatliches Handeln an Legitimität.

Leitantrag

Ein handlungsfähiger Staat braucht starke Kommunen und eine ausreichende Finanzierung

Dank der SPD gibt es in der sächsischen Verfassung den Schutzschirm für die Kommunen, der dafür sorgt, dass Kommunen nicht durch neue Pflichten und Kosten vom Freistaat belastet werden, ohne dafür einen entsprechenden Ausgleich zu erhalten. Dennoch ist damit für die Städte und Gemeinden in Sachsen noch lange nicht alles in Ordnung. Weiterhin leiden viele unter Schuldenlast, Haushaltskürzungen und wachsenden Aufgaben. Kommunen werden ihrer großen Verantwortung nur gerecht, wenn sie finanziell ausreichend ausgestattet sind. Sie brauchen Spielraum für Investitionen und freiwillige Leistungen.

In einem ersten großen Schritt haben wir deshalb mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft ein umfassendes Paket beschlossen, das den sächsischen Kommunen und Landkreisen bis 2020 insgesamt 800 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Zusätzlich wollen wir die Zuweisungen des Landes an die Kommunen, unter anderem durch das Finanzausgleichsgesetz, auf hohem Niveau fortsetzen: Es ist geplant, dass den Kommunen 2017 6,2 Milliarden und 2018 6,3 Milliarden Euro an Unterstützungsleistungen zufließen.

Für ausreichende Finanzen sind entsprechende Prioritätensetzungen im Landeshaushalt, aber auch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen notwendig. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die den Ländern zugutekommt, streben wir weiter an. Dieser Schritt hätte nicht allein fiskalische Auswirkungen, sondern würde sich positiv auf das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Denn die ungleiche Vermögensentwicklung in Deutschland bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt und entzieht den staatlichen Institutionen Vertrauen. Unser Ziel ist es, dieser Erosion entgegenzuwirken. Einen steuerlichen Wettbewerb zwischen den Bundesländern lehnen wir ab. Das können sich nur die reichen Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg leisten, Sachsen aber nicht. Neben einem solidarischen Steuersystem braucht es ausreichend Personal in der Finanzverwaltung – vom Sachbearbeiter bis zur Steuerfahnderin. Dieser Bereich war besonders hart vom Stellenabbau betroffen. Prüfungen können deshalb nicht mehr regelmäßig durchgeführt werden, der Fahndungsdruck sinkt – und die, die ehrlich ihre Steuern zahlen, fühlen sich ungerecht behandelt.

Wir wollen eine Grundsatzdiskussion über notwendige und wichtige Investitionen in Sachsen führen. Einerseits fordern die Bürgerinnen und Bürger zurecht den verantwortungsvollen Umgang mit ihren Steuern ein. Sinnlose Großprojekte und grobe Fehlplanungen sind ein Ärgernis und lassen Vertrauen schwinden. Andererseits sehen sie an maroden Straßen, Brücken und Schulen, dass jetzt Geld ausgegeben werden muss.

Staatliche Strukturen müssen bedarfsgerecht sein

Wir sehen staatliche Strukturen nicht als festen Block, sondern als „atmendes System“, das sich regelmäßig in Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und mit deren Beteiligung überprüft, den Bedarfen anpasst und erneuert. Bedarfsgerecht bedeutet, dass wir ständig

Leitantrag

überprüfen, was jetzt und in Zukunft nötig ist, wo man Altes erneuern und Neues korrigieren muss. Festgefahrene Strukturen um der Strukturen willen dürfen und wollen wir uns nicht leisten – in keinem Bereich. So erfordert zum Beispiel die demografische Entwicklung in Sachsen kluge Entscheidungen sowohl für das Wachstum der Städte wie für die Schrumpfungen im ländlichen Raum. Gleichzeitig wenden wir uns gegen kurzfristige Lösungen, die ein Notprogramm an das andere reihen.

Sich in einem handlungsfähigen Staat wieder sicherer fühlen

Wir werden den Rechtsstaat wieder stärken. Nicht freiheitsschädliche Gesetzesverschärfungen stärken den Rechtsstaat, sondern ausreichend Personal, bürgernahe Dienststellen und gute Ausstattung bei Polizei und Justiz. Wir wollen, dass Gesetzesverstöße vorgebeugt, geltendes Recht eingehalten und gegen Verstöße wirksam vorgegangen wird. Die Polizeiwache vor Ort, die zügig erhobene Anklage nach einer Straftat, ein schnelles, richtiges Urteil nach einem fairen, rechtsstaatlichen Verfahren schaffen Vertrauen in den Rechtsstaat. Der von CDU und FDP auch bei der Polizei betriebene Abbau von Personal und Strukturen hat bei vielen Menschen wesentlich zu einem Vertrauensverlust beigetragen. In der Regierung haben wir erste Fortschritte erzielt, um dieses Vertrauen wiederzugewinnen und die objektive Sicherheitslage zu verbessern.

Die auf unser Drängen eingesetzte „Fachkommission Polizei“ des Landtages hat erstmals den Personalbedarf der sächsischen Polizei wirklich aufgabenorientiert ermittelt – und so die Trendwende bei der Personalpolitik vollzogen. Ohne die Kritik an der Arbeit und den Ergebnissen der Fachkommission auszublenden, lassen sich die Erfolge sehen: Der Stellenabbau bei der Polizei wird gestoppt. Zudem werden insgesamt 1.000 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte ausgebildet. Damit stehen der Polizei insgesamt 1.676 Stellen mehr zur Verfügung als noch im Doppelhaushalt 2015/16 festgelegt. Die Neueinstellungen werden mit jährlich 600 Stellen gegenüber 2014 verdoppelt. Den momentanen Mangel haben wir gemildert, indem 550 Männer und Frauen für die Wachpolizei eingestellt werden. Wer sich dort bewährt, hat die Chance, in die reguläre Polizeiausbildung zu wechseln. Perspektivisch werden über 14.000 Polizistinnen und Polizisten in Sachsen für Sicherheit sorgen. Das sind 2000 mehr als von CDU und FDP ursprünglich vorgesehen. Zugleich sind wir uns bewusst, dass Wachpolizist/innen vollständig ausgebildete Polizistinnen und Polizisten nicht ersetzen können. Wir betrachten sie als Übergangslösung. Die Polizei ist für viele der sichtbarste Vertreter des demokratischen Rechtsstaats. Auf Forderung der SPD hin werden daher künftig Demokratiebildung und die eigene gesellschaftliche Rolle wieder eine größere Rolle in der Polizeiausbildung spielen. Die von uns durchgesetzten kleineren Verbesserungen bei der Personalvertretung von Polizistinnen und Polizisten sind ein erster Schritt hin zu einer gelebten Demokratiekultur in der Polizei, in der Wissen und Erfahrung der Polizistinnen und Polizisten für eine bessere, bürgerfreundlichere Polizeiarbeit genutzt werden. Unser Ziel bleibt, dass Personalräte und Gewerkschaften in den Führungsebenen als konstruktive Partner, nicht als lästige Störung betrachtet werden. Bei künftigen Novellierungen des Personalvertretungsgesetzes werden wir uns dafür einsetzen, dass Mitbestimmung ausgeweitet und die geltenden Einschränkungen für den Polizeibereich abgeschafft werden.

Polizistinnen und Polizisten verdienen wie alle anderen staatlichen Hoheitsträger Schutz und Beistand, wenn sie Übergriffen ausgesetzt sind. Die Gesetze hierfür haben wir längst.

Leitantrag

Für mögliche Übergriffe durch die Polizei haben wir eine zentrale Beschwerdestelle im Innenministerium eingerichtet - als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch als Anlaufstelle für die Beschäftigten der Polizei. Sie bietet der Polizei die Chance, aus möglichen Fehlern zu lernen, und eröffnet ihr die Möglichkeit, polizeiliches Handeln zu erläutern und transparenter zu machen. Um das Vertrauen weiter zu stärken, setzen wir uns für eine Unabhängigkeit der zentralen Beschwerdestelle sowie eine grundsätzliche Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbedienstete ein.

Bei Justiz und im Justizvollzug haben wir viel erreicht. Bereits im Doppelhaushalt 2015/2016 wurden 36 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Staatsanwälte geschaffen sowie zehn Stellen für Justizwachtmeister und zehn Stellen für Psychologinnen und Sozialarbeiter im Justizvollzug. Der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 sieht zudem vor, **dass auf den von 2016 bis 2020 geplanten Abbau in einem Umfang von 370 Stellen verzichtet wird** und wir darüber hinaus noch mehr neue Beschäftigte an den Gerichten und im Justizvollzug einstellen können.

Ein handlungsfähiger Staat mit wichtiger Rolle für Wirtschaft und Arbeit

Es wird oft vergessen, **dass die industriellen Revolutionen der letzten 200 Jahre ohne den Staat in dieser Form kaum stattgefunden hätten**: Erst die Investitionen in das Bildungssystem, Infrastruktur und Forschung haben Eisenbahnen, flächendeckende Elektrizität oder die Automatisierung möglich gemacht. Nun stehen wir erneut an der Schwelle einer großen Umwälzung der Wirtschaft und der Arbeitsgesellschaft. Wir wissen noch nicht, wie diese Zukunft genau aussehen wird. Aber die Digitalisierung kommt – mit oder ohne uns. Es ist daher nicht die Frage, *ob* wir die Digitalisierung der sächsischen Wirtschaft vorantreiben, sondern *wie*.

Die Digitalisierung bietet für Sachsen große Chancen, aber auch große Herausforderungen. Wir wollen flächendeckend für Breitband-Internetanschlüsse sorgen – auch und gerade dort, wo die Telekommunikationsunternehmen bisher Gemeinden unterversorgt gelassen haben. Sachsen hat noch viel aufzuholen. Mit einer „Digitalen Offensive“ wollen wir die Internetversorgung endlich auf mindestens 50 Mbit/s, besser 100 Mbit/s ausbauen. Für diese Digitale Offensive stehen bis 2022 312 Millionen Euro zur Verfügung. Durch die Abschaffung der Störerhaftung können wir endlich frei zugängliche W-LANs besser fördern.

Wir wollen mit einer modernen Industriepolitik unsere sächsische verarbeitende Industrie stärken. In fünf Bereichen muss der Staat aktiv werden:

Erstens müssen wir die strategischen Wertschöpfungsketten in Sachsen halten und in Schlüsseltechnologien investieren. Der Grund für unsere erfolgreiche Volkswirtschaft liegt in der industriellen Vielfalt – von der Grundstoffindustrie über den mittelständischen Familienbetrieb, das große Industrieunternehmen, die regionale Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede. Diese Vielfalt müssen wir in Sachsen stärken.

Wir müssen zweitens die Fachkräfte-Frage angehen. Mit der Fachkräfte-Allianz haben wir eine sachsenweite Plattform für die Fachkräftesicherung geschaffen und unterstützen damit Branchen und Unternehmen, um Fachkräfte zu gewinnen und binden. An den Hochschulen haben wir die Stellenkürzungen gestoppt. Sowohl Gelder des Hochschulpakts als

Leitantrag

auch die von der Bundesebene übernommenen und nun für Sachsen zur Verfügung stehenden BAföG-Gelder wurden fast vollständig an die Hochschulen weitergegeben. Wir sichern so gute Lehre und ermöglichen notwendige Investitionen in universitäre Infrastruktur. Um den Zugang für Langzeitarbeitslose und Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt zu verbessern, werden wir bis 2020 rund 40 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Drittens wirken wir dort aktiv auf ein Ende der sächsischen Niedriglohnstrategie hin, wo der Staat Einfluss auf die Lohnentwicklung ausüben kann. Deshalb verteidigen wir den Mindestlohn vor Angriffen der CDU und der Arbeitgeberverbände. Zudem werden wir künftig Unternehmen, die Tariflöhne zahlen oder sich daran anlehnen sowie ihre Zahl an Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern begrenzen, einen Bonus bei der Wirtschaftsförderung zukommen lassen.

Viertens müssen wir für bezahlbare und sichere Energie sorgen. Bis 2050 wollen wir den Energiebedarf des Freistaates vollständig aus erneuerbaren Quellen abdecken. Dabei führt vor allem Energieeinsparung zu mehr Versorgungssicherheit und geringeren Umweltbelastungen und reduziert gleichzeitig die Kosten. Das kommt allen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute. Darüber hinaus sind ein konsequenter Ausbau erneuerbarer Energieträger, eine beschleunigte Entwicklung der notwendigen Speicher- und Netzinfrastruktur sowie die Unterstützung der Weiterentwicklung moderner Technologien wie Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen notwendig. Bei diesem Transformationsprozess sehen wir in der stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung. Denn Beteiligung schafft Akzeptanz. Solange es noch nicht möglich ist, regenerative Energien in ausreichender Menge schnell und effektiv zu speichern und zu transportieren, sind wir auf konventionelle Energieformen wie die Braunkohleverstromung angewiesen. Während wir mittelfristig in Sachsen daraus aussteigen, werden wir den damit verbundenen notwendigen Strukturwandel aktiv gestalten. In einem Strukturwandel liegen stets auch Chancen für neues Wachstum, neue Beschäftigung und eine bessere Lebens- und Arbeitsqualität.

Fünftens bleibt guter und fairer Handel für Sachsen wichtig. Gleichzeitig müssen wir alle Handelsabkommen kritisch begleiten, um den Staat handlungsfähig zu erhalten. Wir als SPD Sachsen unterstützen das Ziel, durch Handelsabkommen soziale, ökologische oder kulturelle Standards zu stärken. Für uns ist wichtig, dass auch weiterhin Verbesserungen unserer Normen möglich sind, die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über die öffentliche Daseinsvorsorge unberührt bleibt und dass die Entscheidungen in Parlamenten und Regierungen durch die Handelsabkommen nicht eingeschränkt werden – weder durch Regelungen des Investorenschutzes noch im Zuge der regulatorischen Kooperation. Die von der SPD beschlossenen roten Linien müssen eingehalten werden. Abkommen dürfen auch nicht vorläufig in Kraft treten.

Integration als Aufgabe eines handlungsfähigen Staates und einer starken Bürgergesellschaft

Die Integration von Geflüchteten ist eine Herausforderung – für Aufnahmegesellschaft und Hinzukommende, für Staat und Gesellschaft. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe braucht Integration Offenheit für Veränderungen und die hierin liegenden Chancen, einen langen Atem und kluge Gestaltung. Die Chancen liegen in einem Zugewinn an Diversität im unmittelbaren Umfeld, neuem Schwung im sozialen Engagement vieler Sächsinen

Leitantrag

und Sachsen und einem damit verbundenen Zugewinn an Solidarität mit Menschen in Notlagen. Die daraus resultierende gegenseitige Unterstützung macht uns stärker, als Menschen und als Gesellschaft. Nicht zuletzt, da es insbesondere Chancen für den ländlichen Raum in Punkto Arbeitskräfte und als Gegentrend zur massiven Abwanderung von überwiegend jungen Menschen bedeutet. Zusammenhalt und Zusammenwachsen sind nicht selbstverständlich und nicht garantiert. Für Sachsen ist die Herausforderung zugleich eine Chance, die wir nutzen sollten. Ein Scheitern des Integrationsprozesses käme Staat und Gesellschaft teuer zu stehen.

Wenn Integrationsprozesse wirksam sein sollen, müssen sie personell und finanziell vernünftig ausgestattet werden. Sichtbares Zeichen für die Aufwertung dieses Themas war die Berufung einer Staatsministerin für Integration. Doch auch der Koalitionsvertrag umfasst ein umfangreiches und progressives Kapitel, in dem wir gleichzeitig mehrere alte Leitplanken beseitigt haben: Integration umfasst nach unserem Verständnis nicht nur Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt sind. Unter uns leben mittlerweile Menschen, die abgesehen von ihrem rechtlichen Status schon lange in Sachsen leben und auch noch länger hier leben werden. Wir wollen jeden Menschen, der eine Bleibeperspektive in Sachsen hat in unsere Gesellschaft aufnehmen. Nur so verhindern wir Ausgrenzung, Parallelgesellschaften und auch Radikalisierung.

Und hier haben wir in den letzten beiden Jahren geliefert: Die dringend notwendige Flüchtlingssozialarbeit wurde teilweise aus dem Nichts aufgebaut und hat mittlerweile einen Umfang von fast 10 Millionen Euro Unterstützung für die Landkreise und Kreisfreien Städte. Bewusst umfassen diese Maßnahmen auch die Beratung zur freiwilligen Rückkehr. Viele Asylsuchende werden aus unterschiedlichen Gründen nicht bleiben dürfen oder wollen. Es gilt hier, über die Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr zu beraten und dabei zu unterstützen, auch um die Anzahl der harten, aufwändigen und teuren Abschiebungen zu verringern. Wir haben ein Landesprogramm an Sprachkursen für diejenigen auf den Weg gebracht, die keinen Zugang zu den Integrationskursen des Bundes haben. Wegweiskurse, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine erste Orientierung im Alltagsleben in Deutschland geben sollen, werden derzeit aus einer Pilotphase in ein Regelleistungsangebot überführt. Auch Sachsen besitzt seit kurzem als eines der letzten Bundesländer ein psychosoziales Zentrum für die Beratung und Betreuung traumatisierter Geflüchteter.

Eine entscheidende Rolle bei gelingender Integration kommt jedoch immer noch den Kommunen zu. Mit annähernd 11,5 Millionen Euro pro Jahr werden die Integrationsanstrengungen der Landkreise und Kreisfreien Städte gefördert. Dazu gehören neben Integrationskoordinatoren unter anderem Mittel zum Aufbau bzw. Ausbau kommunaler Sprachmittlerdienste.

Wenn wir die Zugewanderten schnellstmöglich unterstützen, ihren Bildungsabschluss zu machen, wird es ihnen nicht nur ein besseres Leben ermöglichen, sondern es wird sich morgen auch in geringeren Sozialkosten und mehr Fachkräften bemerkbar machen. Hier müssen wir darauf achten, dass das sächsische Schul- und Berufsschulsystem leistungsfähig und ausreichend ausgestattet wird. An Bildung darf nicht gespart werden, weder auf Kosten der zugewanderten Kinder, noch auf Kosten der einheimischen Schülerinnen und Schüler.

Leitantrag

Beim entscheidenden Schritt in den Arbeitsmarkt benötigen wir kurzfristig geübte Helferinnen und Helfer, die den Migrantinnen und Migranten auf dem Weg durch das Dickicht an Maßnahmen, Trägern und Bildungsangeboten helfen. Das sächsische Wirtschaftsministerium bietet deshalb über das Programm „Arbeitsmarktmentoren für Geflüchtete“ Orientierung für arbeitssuchende Asylsuchende und Flüchtlinge an. Dafür stehen 9 Millionen Euro bereit.

Auch beim Thema Integration ist der Staat auf eine starke Bürgergesellschaft angewiesen. In der aktuellen Flüchtlingssituation hat sich eine neue, sehr lebendige demokratische Bürgergesellschaft in Sachsen gebildet. Ob in Sportvereinen, der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz – gemeinsames Erleben schafft Nähe und Verständnis. Deshalb wollen wir mehr Projekte fördern, die sich für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen und unterstützen die Fortbildungen für Ehrenamtliche. Allein mit der Richtlinie „Integrative Maßnahmen“ unterstützen wir die vielfältige Arbeit der neuen und der langjährig erfahrenen Vereine, die dem einen großen Ziel folgen soll: den Dialog und das Zusammenleben zwischen Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung stärken. Für die Förderung dieser Integrationsprojekte stehen jährlich 6,5 Millionen Euro bereit. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei zukünftig auf die Arbeit mit Frauen und Müttern, denn ihnen kommt in den Familien eine Schlüsselrolle für die Integration zu.

Diese und weitere Ansätze wollen wir fortsetzen und in einem Landesintegrationsgesetz bündeln, finanziell hinreichend ausstatten und langfristig sichern. Wir möchten, dass Migrantinnen und Migranten eine starke Stimme bekommen und aktiv an unserer Demokratie mitwirken können. Wir begleiten dazu unter anderem den Aufbau eines sächsischen Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen, denn auch die Vielfalt an migrantischen Selbstorganisationen gehört zu einer demokratischen Bürgergesellschaft.

In schwieriger Zeit haben wir Integration in Sachsen endlich auf die Tagesordnung gesetzt und damit wichtige Pionierarbeit geleistet. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ Willy Brandt

Unser Sachsen von morgen ist ein handlungsfähiges Sachsen mit einer starken demokratischen Bürgergesellschaft. Unser Sachsen soll ein Land sein, in dem sich Staat und Bürger vertrauen und sich ihrer gegenseitigen Verantwortung bewusst sind.

Wenn wir die hier formulierten Ziele verfolgen, ist uns bewusst: Nicht alle Versäumnisse können sofort aufgeholt werden und vieles muss immer wieder neu erlernt und erkämpft werden – eine demokratische Bürgergesellschaft ist kein fester Zustand. Mit unseren Ministerinnen und Ministern, unseren Abgeordneten, den sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den Städten und Gemeinden, unseren ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie unseren Mitgliedern in den Ortsvereinen werden wir auf allen politischen Ebenen und in der Gesellschaft dafür werben und streiten.

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
Leitantrag	

Wir laden alle Menschen in Sachsen ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Dabei möchten wir Partner derer sein, die sich für andere Menschen und die Gemeinschaft engagieren.

Und wir möchten jene ermuntern, die im Moment skeptisch sind und sich zurückhalten, sich wieder stärker einzubringen. Demokratie lebt vom Mitmachen. Packen wir es an!